

Soziale Arrangements – Was stellt die tatsächliche Lebensqualität vor Ort her?

Vorbemerkung

Zunächst hatte ich gezögert der Bitte um einen Beitrag nachzukommen, dann aber überlegt, dass die Veranstaltung ganz interessant werden könnte, wenn Prof. Dörner dafür plädiert, den Hilfebedarf künftig in den Nachbarschaften abzudecken von denen Dr. Löhr zu berichten weiß, dass sie heute schon überfordert sind...

Entweder stellt sich heraus das Ganze kann gar nicht funktionieren oder man entwickelt gemeinsam Strategien, wie es doch funktionieren kann.

Ich hoffe auf das Zweite und versuche dazu einen Beitrag aus kommunaler Sicht zu liefern.

Hintergrund Sozialstaatsdiskussion

Das Thema „Nachbarschaften“ ist angekommen. Veröffentlichungen in der Fachpresse, Veranstaltungen von Instituten und Verbänden widmen sich unübersehbar diesem Thema. Es hat Konjunktur. Es mag sich der Verdacht aufdrängen, das Thema Nachbarschaften hat die umso mehr als die wirtschaftliche Konjunktur uns im Stich gelassen hat.

Neue sozialpolitische Ansätze, meist in Verbindung mit Hinweisen auf Gefahren die im Sozialstaat liegen sind immer dann in der Diskussion, wenn dem Sozialstaat die Puste ausgeht.

Es muss erlaubt sein zu hinterfragen, ob und wie weit das Konzept „Hinwendung zu den Nachbarschaften“ eine Folge oder Begleiterscheinung der aktuellen Sozialstaatskrise ist.

Es ist zu hoffen, dass das Thema Nachbarschaften in dem Rahmen behandelt wird, der ihm zukommt: Nicht als Ersatz für oder als Alternative zum Sozialstaat. Mit einem solchen Ansatz wären aus meiner Sicht sowohl die Nachbarschaften überfordert wie die Kommunen, wenn von ihnen die Schaffung entsprechender Nachbarschaften erwartet würde.

Von welchen Nachbarschaften reden wir?

Nachbarschaften sind in verschiedenen Zusammenhängen ein Thema kommunaler Sozialplanung. Eines ihrer Tätigkeitsfelder lässt sich umschreiben mit „Soziale Stadtteilentwicklung“. Hier sollen soziale Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen dokumentiert und verfolgt werden und Strategien entwickelt, die soziale Verwerfungen aufheben oder verhindern. Ein zentraler Begriff dieser Arbeit ist die schöne Formulierung von den „überforderten Nachbarschaften“. Dieser Begriff beschreibt einen Zustand in Teilen einer Stadt, der dazu führt, dass sich soziale Abwärtsentwicklungen nicht mehr selbst regulieren sondern einer Intervention von außen bedürfen.

Das ist keine Einzelercheinung und hat unter anderem dazu geführt, dass sich Bund und Länder auf ein spezielles Programm geeinigt haben, in das viele hundert Millionen Euro fließen werden, das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die Soziale Stadt“. So etwas passiert nicht alle Tage und dass in diesem Umfang Gelder bereit gestellt werden zur Reparatur sozialer Strukturen hat seine Ursache sicher nicht darin dass die Politik nicht weiß wohin sonst mit den Millionen, sondern darin, dass der Problemdruck in diesen Stadtteilen so hoch geworden ist, dass die Kommunen motiviert und in die Lage versetzt werden sollen, sich speziell um diese Stadtteile zu kümmern, immerhin mehr als 300 in der ganzen Bundesrepublik.

Dies wirft ein Licht auf Zustände in unseren Städten und in deren Nachbarschaften. Sie befinden sich offensichtlich in einem nicht unbeträchtlichen Umfang in Not, sind mit dem, was sie heute betrifft schon überfordert.

Nachbarschaften - Für wen?

Was sind das für Nachbarschaften, in denen künftig eine „kleinräumig Vernetzung im sozialen Umfeld“ stattfinden soll, die „solidarische Nachbarschaft“, die sich „gesundheitsfördernd“ auswirken soll?

Die Frage erscheint polemisch, wenn man sie aufwirft nach einem Hinweis auf die „überforderten Nachbarschaften“ aus dem Kontext der sozialen und städtebaulichen Stadterneuerung. Sie ist aber gar nicht polemisch gemeint, sondern sehr ernsthaft gestellt.

Man kann sich fragen ob wir beide Male von denselben Nachbarschaften reden, und dies auf zweierlei Weise beantworten:

Nein, die überforderten Nachbarschaften meinen wir nicht.

Sie sind so interventionsbedürftig, kommen mit ihren akuten Problemen nicht zurecht, sind vielfach geprägt von Defiziten ihres sozialen Zusammenhalts, soweit man von einem solchen überhaupt sprechen kann, die Menschen haben so viele eigene Probleme bis zu Existenzangst und Abschied aus der Gesellschaft durch Flucht in den Konsum legaler und illegaler Drogen, dass wir von diesen Nachbarschaften und den in ihnen lebenden Menschen keine kleinräumige Vernetzung im Rahmen einer solidarischen Nachbarschaft erwarten können.

Diese Argumentation hat vieles für sich. Beschrieben werden die Problemlagen in diesen Nachbarschaften mit dem Gegenteil dessen, was von ihnen künftig erwartet wird: Sie sind nicht solidarisch, integrativ, altruistisch motiviert. Sie sind hochgradig desintegriert, Nachbarschaft bezeichnet allenfalls die räumliche Nähe, und dies nicht einmal freiwillig, sondern oft aus einer Notlage heraus.

Die Menschen fliehen aus diesen Stadtteilen und diesen Nachbarschaften, wenn sie - vor allem finanziell - dazu in der Lage sind. Sie suchen nicht den Zusammenhalt sondern den individuellen Ausweg.

Wenn wir die Frage so beantworten - diese überforderten Nachbarschaften meinen wir nicht - grenzen wir die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gebiete aus einem Konzept der gegenseitigen Hilfe auf der Basis einer solidarischen Nachbarschaft aus.

Dann orientiert sich das Modell an den Vorstellungen der eher mittelschichtorientierten und homogenen Wohngebiete der Stadtränder und der Neubaugebiete vor den Toren der Stadt.

Hier ist die Armut nicht am größten, und diese Beschränkung wäre eine Ausgrenzung derjenigen, die solidarische Hilfe am nötigsten hätten. Wäre die Orientierung auf die Nachbarschaft gar die Alternative zum gesellschaftlichen Sicherungssystem wären damit diejenigen die Verlierer, die am meisten auf solidarische Hilfe angewiesen sind.

Beantwortet man die Frage anders:

Ja, die „überforderten“ Nachbarschaften meinen wir auch!

dann geht man eine große Verpflichtung ein. Es gibt hinreichend Gründe daran zu zweifeln, dass man aus den Nachbarschaften städtischer Problemgebiete solidarische Nachbarschaften im Sinne des Ersatzes oder auch nur der Unterstützung gesellschaftlicher Sozialsysteme machen könnte. Es gibt im Übrigen berechtigte Zweifel ob dies in anderen, nicht „überforderten“ Nachbarschaften so einfach gelingt.

Hartmut Dybowski, Soziale Arrangements....

Erst wenn man konkret formuliert, was von den und innerhalb der Nachbarschaften erwartet wird und dann überprüft, was Nachbarschaften tatsächlich zu leisten im Stande sind und wozu sie bereit sind, erst dann kann geklärt werden ob ein Konzept starker Nachbarschaften funktionieren kann oder nicht.

Wer das Prinzip solidarischer Nachbarschaften auf seine Fahnen schreibt kann die Frage nach den gemeinten Nachbarschaften nur so beantworten: Wir meinen sie alle.

Deutlich ist aber schon jetzt, dass es in unterschiedlichen Stadtteilen unterschiedlich schwer sein wird.

In den gut bürgerlichen Stadtteilen sind solidarische Strukturen vermutlich am ehesten ausgeprägt und am wenigsten gefordert. Die Hilfen, die die hier Lebenden brauchen, organisieren und finanzieren sie selbst. Der Kontakt zur Nachbarschaft ist ein freiwilliger auf der Basis eines gleichen - hohen - sozialen Status.

Diese Wohngebiete sind nicht nur hochgradig homogen, sondern auch von extrem geringer Fluktuation - beste Voraussetzungen für das Entstehen solidarischer Nachbarschaften.

Wer hier lebt braucht die Nachbarschaft zumindest nicht als soziale Dienstleister.

Diese Verhältnisse finden sich zum Teil auch in manchen von Angehörigen der Mittelschichten bewohnten Stadtteilen wieder. Wer in seinem eigenen Häuschen wohnt - und sei es noch so klein und alt - wohnt in der Regel über einen längeren Zeitraum mit den selben Menschen im räumlichen Kontakt, kann seinen eigenen Bereich definieren und gestalten, das Verhältnis von Nähe und Distanz zu seinen Nachbarn selbst bestimmen. Das wären gute Grundlagen für eine gelingende Nachbarschaft.

Allerdings wohnen in den deutschen Städten die wenigsten Menschen unter solchen die Nachbarschaft fördernden Bedingungen.

Der überwiegende Teil wohnt zur Miete in mehrgeschossigen Häusern ohne Gärten und am Rande von Straßen, die vor allem dem Verkehr von Kraftfahrzeugen dienen.

Mit dieser Realität müssen wir uns auseinandersetzen und nach Bedingungen forschen, die aus der Tatsache in räumlicher Nähe zueinander zu wohnen Nachbarschaften entstehen lassen und solidarische dazu.

Was erwarten wir von Nachbarschaften, was stellt in diesem Zusammenhang Lebensqualität her?

Lebensqualität I: Existenzsicherung

An allererster Stelle bedeutet Qualität in seinem Leben zu haben ein Leben ohne Existenzangst führen zu können. Entweder bin ich in der Lage von eigenem Einkommen zu leben oder ich kann auf ein Sicherungssystem zurückgreifen, das mir den notwendigen Lebensunterhalt sichert. Diese grundlegende Sicherheit im Bedarfsfall kann nur gesamtgesellschaftlich garantiert werden oder in einem sehr eng gefassten Familienkreis, so wie es im BSHG definiert ist. Es kann keine Aufgabe im nachbarschaftlichen Umfeld sein die materiellen Existenzbedingungen anderer zu schaffen.

Lebensqualität II: Soziale Bezüge

Zweites grundlegendes Merkmal von Lebensqualität ist das Aufgehoben sein in sozialen Bezügen - in einem Maße, das ich selbst bestimmen kann. Dies wird für jede und jeden unterschiedlich sein. Ich muss selbst bestimmen können, in welcher Intensität ich mein Leben

mit anderen teilen. Die schließt ein bestimmen zu können mit wem ich nichts zu tun haben will und Menschen zu haben, mit denen ich eine gewisse Nähe teilen will.

Diese Anforderungen richten sich auch an Nachbarschaft.

Lebensqualität III: Hilfe im Bedarfsfall

Drittes Merkmal sind unterstützende Hilfen, auf die ich bei Bedarf zurückgreifen können muss. Diese sind sehr unterschiedlich und sehr individuell. Ich suche und finde sie im privaten Bereich, aber auch gesellschaftlich organisiert - und vielleicht auch im Rahmen einer Nachbarschaft.

Diese Hilfen müssen verlässlich sein. Es darf nicht dem Zufall oder der Möge Anderer überlassen bleiben, ob Hilfe und Unterstützung gewährleistet ist oder nicht.

An zwei Beispielen will ich Möglichkeiten und Grenzen aufzeigen:

Wenn ich ein Kind erziehe und dabei einer Erwerbstätigkeit nachgehen will brauche ich eine verlässliche Betreuung während meiner Abwesenheit.

Das kann ich in der Familie regeln: Der Mann geht arbeiten, die Frau versorgt das Kind. Im Ausnahmefall auch umgekehrt.

Gibt es nur einen Erziehenden oder wollen beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen brauche ich einen Dritten für das Kind. Das kann die Krippe oder der Kindergarten sein, Hilfe auf der gesellschaftlichen Ebene.

Das kann die Eltern-Kind-Gruppe sein oder auch die Tagesmutter, das organisiere ich mir selber - Selbsthilfe. Das beinhaltet immer eine Abmachung zwischen mir und einer konkreten Person oder Institution. Damit ist klar was erwartet wird und was geleistet werden kann.

Von der Nachbarschaft würde ich diese **Verlässlichkeit** nicht erwarten, ich würde sie ihr nicht aufbürden und ihr auch nicht trauen, was die Verlässlichkeit angeht. Wohnt die Tagesmutter zufällig in der Nachbarschaft so richte ich meine Erwartung trotzdem konkret an diese eine Person und nicht an „die Nachbarn“. In einer funktionierenden Nachbarschaft würde ich erwarten, dass ich jemanden ansprechen kann, der bei Bedarf auf mein Kind aufpasst, für die Dauer eines Einkaufs, eines Arztbesuches, vielleicht für einen Abend.

Bei einer Erkrankung würde ich den Arzt bemühen, nicht den Nachbarn oder die Nachbarin. Das ist einsehbar. Keiner würde sich aufschwingen mich kurieren zu wollen und ich wollte das schon gar nicht. Ich würde **Professionalität** einfordern.

Wäre ich pflegebedürftig würde ich auf **fachkundige** Pflege Wert legen. Ich würde nicht vom Nachbarn oder der Nachbarin erwarten dass er oder sie mein Katheter oder meine Windeln wechselt. Ich würde mich aber über einen Besuch freuen, vielleicht einen Spaziergang oder einen Ausflug, über kleinere Erledigungen. Über alles, was mich nicht in Abhängigkeit versetzt.

Vielleicht bringt mich der Nachbar zum Arzt, holt mir Medikamente aus der Apotheke, erledigt kleine Einkäufe für mich. Das würde ich von einer funktionierenden Nachbarschaft erwarten und mehr würde ich ihr auch nicht abverlangen.

Wenn ich viel Glück habe wohnt jemand in meiner Nähe, meiner Nachbarschaft, von dem ich mehr erwarten kann und das auch will. Vielleicht gibt es dort eine Person, zu der ich eine entsprechende Bindung eingehen mag, weil ich sie kenne, weil sie mir vertraut ist. Von der ich weiß dass sie sich um meinetwillen um mich kümmert und nicht aus einer erwarteten Verpflichtung heraus. Dann ist das Merkmal aber nicht „Nachbarschaft“ sondern Freundschaft, Beziehung oder ähnliches, und die räumliche Nähe zu dieser Person eher ein Zufall. Mobilität vorausgesetzt kann sie auch ganz woanders wohnen.

Zur Lebensqualität gehört dass existenzielle Interessen verlässlich gewahrt bleiben, dass ich die Chance habe sie so weit wie möglich selbst zu sichern und im anderen Falle auf verlässliche und professionelle Hilfen zurückgreifen kann. Dieser Anspruch muss sich dann an konkrete Personen oder Institutionen richten.

Zur Lebensqualität gehört aber noch mehr als die Sicherung der Existenz.

Wohnumfeld ist Lebensqualität

Zur Lebensqualität gehört auch ein entsprechendes Umfeld, ein soziales Umfeld und ein Wohnumfeld.

Dem subjektiven Empfinden von hoher Lebensqualität entspräche es, wenn beides nach meinen Bedürfnissen ausgerichtet wäre.

Ob ich mich da, wo ich lebe, aufgehoben fühle, hängt von vielen Faktoren ab.

Kontinuität im sozialen Umfeld

Es ist kaum zu erwarten, dass Nachbarschaft dort entsteht, wo ein ständiges Kommen und Gehen herrscht. Wenn eine Stadt sich dazu entschließt, alle „Neuankömmlinge“ wie Aussiedler und Migranten zunächst einmal in einer so genannten „Fluktuationssiedlung“ unterzubringen, die meist einen geringen Standard und ein noch geringeres Ansehen genießt, kann man nicht ernsthaft erwarten, dass aus dieser explosiven Mischung Nachbarschaft entsteht.

Orte der Begegnung

Zur Qualität meines nachbarschaftlichen Wohnumfeldes gehört dass ich anderen Menschen begegnen kann, ohne sie gleich in meine Wohnung einladen zu müssen.

Ein Hochhaus an einer belebten Straße bietet wenig Wohnumfeld. Ich begegne Nachbarn vielleicht auf der Straße und im Fahrstuhl.

Ein Wohnumfeld mit Aufenthaltsqualität fördert das Entstehen von Nachbarschaft durch Begegnung. Das kann der entsprechend gestaltete Hinterhof oder Vorgarten sein, die wohnungsnaher Grünanlage, die verkehrsberuhigte Straße. Orte, an denen ich mich auch aufhalten kann, die nicht nur die Funktion haben sie so schnell wie möglich wieder zu verlassen wie eine laute verkehrsreiche Straße.

Dies ist nicht nur eine soziale Herausforderung sondern gleichermaßen eine wohnungswirtschaftliche und städtebauliche.

In dem Maße, wie das Gut Wohnung erschwinglicher wird und der Mieter mehr Wertschätzung genießt, weil sonst Auszug droht, bemühen sich Wohnungsbaugesellschaften auch um die Gestaltung eines entsprechenden Wohnumfeldes. Kommunale Aufgabe kann es sein, diese Diskussion zu befördern oder auch erst in Gang zu bringen, vielleicht auch finanziell zu fördern. Dies gelingt leichter, wenn den Eigentümern ein entsprechender finanzieller Anreiz geboten werden kann - zum Beispiel in Sanierungsgebieten.

Nachbarschaft endet spätestens dort, wo die erste Verkehrsschneise zum Hindernis zwangloser Begegnung wird. Auch dies ist ein städtebauliches Problem.

In den Planungen der 60er Jahre hat der Mensch als solcher Arbeit und keine Zeit und verlässt sein Wohngebiet um andernorts zu arbeiten und kommt abends wieder zurück und geht in seine Wohnung. Zum gemütlich sein mit Nachbarn hat er keine Zeit, deshalb gibt es auch keinen Raum dafür außer in den eigenen vier Wänden. Das Bild orientiert sich am erwerbstätigen Mann. Frauen zählen nicht. Sie dürfen zu der Zeit sowieso nur erwerbstätig sein wenn der Ehemann das erlaubt.

Heute haben mehr Leute mehr Zeit weil weniger Leute arbeiten und die die arbeiten nicht mehr so lange - zumindest im Moment, das soll sich ja wieder ändern - nun fehlt der Raum zum Aufenthalt außerhalb der Wohnung. Deshalb sind die Wohnsiedlungen, die so strukturiert wurden, heute auch nicht mehr so beliebt. In sie hinein Wohnumfeldqualität zu schaffen ist auch eine Aufgabe...

Soziales Wohnumfeld

Das Umfeld ist aber nicht nur durch die baulichen Voraussetzungen geprägt. Es besteht auch aus den anderen Menschen, die auch dort leben. Die sind nicht so einfach umzugestalten wie eine Straße oder ein Hinterhof.

Wer neben mir wohnt ist mein Nachbar - aber ob aus der Ansammlung von nebeneinander Wohnenden eine solidarische Nachbarschaft erwächst oder kleine Bürgerkriege toben ist durch nichts anderes entschieden als durch Menschen selbst.

Nachbarschaft heißt auch: Nicht wegschauen

Wenn man das fordert, muss man aufpassen, dass man nicht in falsches Fahrwasser gerät. Nachbarschaft ist nicht der verlängerte Arm der Obrigkeit, auch wenn sie hier oftmals gut funktioniert...

Was ich meine möchte ich Ihnen an einem Beispiel verdeutlichen.
Vor wenigen Tagen erschien in der Lokalzeitung folgender Artikel:

Sie bettelten bei Nachbarn um Essen und Trinken, lebten in einer verwaorsten Wohnung, mussten ganze Nachmittage unbeaufsichtigt draußen verbringen und saßen im Winter fast unbekleidet im kalten Treppenhaus: Anderthalb Jahre lang sollen drei Kleinkinder von ihrer Mutter vernachlässigt worden sein.

Wie Behördensprecher Klaus Ziehe berichtet, waren Polizeibeamte auf die Zustände in der Familie aufmerksam geworden. Sie hatten den vierjährigen Sohn der Beschuldigten nachts allein auf der Straße aufgegriffen. Das verstörte Kind, so die Anklage, sei aus Angst auf die Straße gelaufen: Die Mutter war nicht zu Hause.

Kamen sie aus Kindergarten und Grundschule nach Hause, soll sie die beiden älteren Kinder außerdem für den Rest des Tages unbeaufsichtigt nach draußen geschickt haben. Der kleine Junge sei häufiger auf die Straße gelaufen.

Im Kindergarten sei das Kind als verhaltensauffällig beschrieben worden, sagt Klaus Ziehe. So zeige der Junge apathische Züge. Er habe die Fähigkeit verloren zu weinen.

Die Polizei ermittelte weitere Vorfälle: Die Mutter soll ihr jüngstes, nur mit einer Windel bekleidetes Kind einmal spätabends in den dunklen Hausflur gesetzt haben, wo es laut schrie.¹

Alle haben etwas gesehen, etwas gehört. Eineinhalb Jahre lang.

Das ist sicherlich nicht typisch. Aber das passiert inmitten unserer Gesellschaft, während wir darüber diskutieren, wie man Nachbarschaften solidarischer gestalten kann. Zur Lebensqualität gehört auch, dass Nachbarn bei augenfälligen Missständen die Augen und Ohren eben nicht zumachen und sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, dass sie Verantwortung für andere aufbringen und nicht gezielt wegschauen, dass sie sich einmischen und vielleicht kleinere Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen. Schon damit sind viele überfordert, subjektiv, nicht objektiv.

Das Gefühl ich lebe nicht für mich und meine Familie allein sondern als Teil eines soziales Gefüges wie Nachbarschaft existiert in den wenigsten Fällen.

Förderung der Nachbarschaft konkret

Das erreicht man nicht mit Appellen und bunten Plakataktionen. Das gilt nicht nur für die Kommunen.

Wenn man sich ernsthaft um Nachbarschaft bemüht muss man

1. vor Ort präsent sein und
2. mit ganz konkreten Angeboten.

1. Kleinräumige Ziele und Zielvereinbarungen entwickeln

Beispiele für Siedlungen mit hoher Fluktuation, hohem Anteil unterschiedlicher Ethnien und Nationalitäten plus hohem Anteil ehemals Wohnungsloser gibt es in der Stadt aus der ich komme auch. Das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für solidarische Nachbarschaften, eher im Gegenteil. In der Konsequenz hat die Stadt viele Ressourcen eingebracht, vor allem um den hier aufwachsenden Kindern Chancen zu verschaffen.

Nicht erst als die Stadt die Zuweisung von Wohnungsnotstandfällen einstellte, hatte die Wohnungsbaugesellschaft deutliche wirtschaftliche Verluste zu verzeichnen. Damit war der Handlungsdruck auf allen Seiten groß.

Im Zuge der Sozialen Stadt ist es gelungen, mit allen Akteuren eine gemeinsam getragene Strategie zu entwickeln. Stadt und Wohnungsbaugesellschaft verständigen sich auf ein gemeinsames Ziel. Sie verstärken ihre Bemühungen um soziale Integration innerhalb der Siedlung, dauerhafte Mietverhältnisse sollen die kurzfristigen ersetzen, es werden keine alleinstehenden Wohnungslosen mehr aufgenommen, auf eine ethnische Balance wird geachtet. Dies wurde in einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und dem Wohnungsunternehmen fixiert. Deren Umsetzung verfolgen wir nun mit Interesse und nicht ohne Skepsis.

Ein Wirtschaftsunternehmen wie eine Wohnungsgesellschaft ist in erster Linie daran interessiert, dass wieder „schwarze Zahlen“ geschrieben werden. Eine Kooperation trägt soweit, wie die wirtschaftlichen Interessen gefördert werden, hier geht es nicht um abstrakte sozialpolitische Konzepte. Das ist aus deren Sicht verständlich. Nur müssen wir deutlich machen, dass die schwarzen Zahlen nicht am Monatsende zu erwarten sind, sondern vielleicht noch ein paar Jahre auf sich warten lassen. Dies muss von vorn herein klar sein und akzeptiert werden.

2. Strukturen schaffen: Das Projekt Nachbarschaftshilfen

Ein Angebot in der Stadt in der ich arbeite heißt direkt „Nachbarschaftshilfe“. Das Konzept wurde in den 80er Jahren erarbeitet und sukzessive flächendeckend umgesetzt. In 12 Nachbarschaftshilfen, mit einer Ausnahme in der Trägerschaft Freier Träger, arbeiten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter als Koordinatoren, gewinnen Helferinnen und Helfer, die für ein geringes Honorar in den Haushalten vor allem Älterer tätig sind. Der Hilfebedarf im Stadtteil soll über dieses professionell geleitete Angebot durch Hilfen aus dem Stadtteil gedeckt werden. Das funktioniert nicht immer kleinräumig, aber es funktioniert und kostet die Stadt viel Geld - freiwillig erbrachtes, das immer mal wieder zur Disposition gestellt wird.

3. Die Bürger beteiligen

Stadtteilrunden, Stadtteilarbeitskreise, aber auch Bürgervereine versuchen sich der Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ihres Stadtteils anzunehmen und mit ihnen gemeinsam an besseren Lebensbedingungen zu arbeiten. Hier können Konfliktpotenziale aufgedeckt werden, die im Verhalten der jeweils anderen liegen und versucht werden, Abhilfe oder Verständnis zu schaffen, Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen oder klein zu halten. Aufgabe der Verwaltung kann es sein, solche Runden zu initiieren, zu unterstützen, an ihnen teilzunehmen.

4. Temporäre Projekte organisieren

Im Programmgebiet Soziale Stadt haben wir mehr finanzielle und personelle Möglichkeiten kleinere oder größere Initiativen zu starten oder zu stützen, die auch dem Zusammenleben der unterschiedlichen Menschengruppen förderlich sind. So können wir zunächst für ein Jahr so genannte „Kulturvermittler“ einsetzen, die in Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten

die Eltern von Migrantenkindern unterstützen, aber auch den deutschen „Profis“ ein besseres Verständnis der fremden Kulturen vermitteln.

Ebenfalls zeitlich begrenzt - und darin liegen immer Probleme - wurde wir ins „Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit“ aufgenommen, wiederum bezogen auf das Programmgebiet Soziale Stadt. Das schafft uns viele kleine und große Gelegenheiten über Aufklärung und vor allem konkrete Aktionen mit Bewohnern einer Siedlung, mit Kindern, mit anderen Gruppen etwas über Gesundheit und deren Voraussetzungen zu vermitteln, ohne den pädagogischen Zeigefinger eines Vortragenden.

Solche Ansätze sind bescheiden - einmal abgesehen von einem voluminösen Projekt wie dem der Nachbarschaftshilfen. Die Erfolge sind es vermutlich auch. Aber es sind die vielen kleinen Schritte auf einem engeren Raum - in einem Stadtteil, einem Quartier - die in der Summe und über einen längeren Zeitraum Früchte tragen werden.

5. Kleinräumige Zuständigkeiten schaffen

Es zeigt sich eines immer deutlicher: Es bedarf eines „Kümmerers“ vor Ort, jemand der den Stadtteil kennt, seine Menschen, deren Bedürfnisse, deren Lebenssituation, die Infrastruktur, die wichtigsten Akteure. Es ist egal, ob dies ein Gebietsbeauftragter der Kommune ist oder ein externes Quartiersmanagement, die örtliche Kirchengemeinde oder der Soziale Dienst. Hilfreich ist es sicherlich, wenn innerhalb der Verwaltung eine konkrete Person als Ansprechpartner fungiert, auch wenn diverse Abteilungen, Ämter, Fachbereiche jeweils fachlich zuständig sind. Herr Löhr hat schon darauf hingewiesen, dass die manchmal gar nicht miteinander reden...

6. Förderprogramme nutzen

Etwas Weiteres hat sich herausgestellt: Es ist unabdingbar, ständig nach weiteren Ressourcen zu forschen, Projekte über Förderprogramme und Drittmittel zu finanzieren, auch wenn die Wege zum Erfolg lang und steinig sind, die meisten Anträge ohne Erfolg bleiben und immer mit immensen Verwaltungsaufwand verbunden sind, der auch erbracht werden muss. Ich denke dabei natürlich an das Programm Soziale Stadt, an E & C, K & Q, LOS, den Europäischen Sozialfonds und Möglichkeiten wie Stiftungen oder Sponsoren.

Der große Nachteil bei der Inanspruchnahme von Förderprogrammen ist deren geringe Nachhaltigkeit. Zumeist gelingt es in einem sehr begrenzten Förderzeitraum mit den vorhandenen Mitteln ein Strohfeuer zu entfachen, das zu verlöschen droht bevor der Funke überspringt. Man muss sie trotzdem nutzen, wenn und weil die Alternativen dazu fehlen.

Die Rolle der Kommune

Abschließend drei Bemerkungen zur Rolle der Kommunen.

1. Kleine Schritte

Ich weiß nicht ob es Zeiten gegeben hat, in denen es ausreichte eine gute Idee zu haben und dann flossen auch auf kommunaler Ebene die entsprechenden Mittel. In vielen Jahren kommunaler Sozialplanung habe ich dies nicht erlebt. Es bedurfte immer zäher Bemühungen und vieler Gespräche mit vielen Menschen, die man als Partner gewinnen musste, bevor irgendetwas das Licht der Welt erblicken konnte.

Zumeist startet ein Projekt auf ganz kleiner Flamme. Nachbarschaftshilfe in Braunschweig begann mit zwei Pilotprojekten, finanziert auf ABM-Basis. 15 Jahre später gibt es das Projekt immer noch, an 12 Stellen in der Stadt Braunschweig, finanziert zu 85% aus kommunalen Mitteln. Hätten wir nicht ganz bescheiden begonnen und die Erfolge des Projektes langfristig für sich selbst sprechen lassen - und zwischenzeitlich immer wieder auch auf die positiven finanziellen Auswirkungen verweisen können - hätte es diese Projekt nie gegeben, auch unter besseren finanziellen Bedingungen in der Kommune als wir sie heute vorfinden.

Kleine Schritte in der Praxis - gut geplant und begleitet - erweisen sich mehr und mehr als hilfreicher als große planerische Entwürfe, wenn diese nicht auf eindeutigen politischen Willensbekundungen basieren.

Neben der desolaten Finanzlage der Kommunen heute muss man zwei neuere Entwicklungen in Betracht ziehen, wenn man über die künftigen kommunalen Aufgaben in diesem Bereich redet.

2. Kommune als Konzern

Vor allem die größeren Städte sind in einem organisatorischen und auch inhaltlichen Umbau begriffen. Der Begriff vom „Konzern Stadt“ macht die Runde. Die kommunale Verwaltung strukturiert sich um. Der Verwaltung obliegt künftig vor allem ein strategisches Management. Weg vom Angebot eigener Dienstleistungen, hin zu einer Öffnung zum Markt. Die Aufgaben konzentrieren sich auf einen Kern. Angebote - auch soziale Dienstleistungen - müssen „sich rechnen“, und angesichts der Finanzausstattung der Kommunen wird der Spielraum für so genannte „freiwillige Leistungen“, also für alles, was nicht per Gesetz von den **Kommunen** gefordert wird, immer enger. So wird vieles als „freiwillige Leistung definiert und zur Disposition gestellt.

Dies trifft nicht nur Angebote der Kommunen selbst sondern auch die Förderung von Angeboten Freier Träger. Das kriegt man bei jeder neuen Runde der Haushaltskonsolidierung bitter zu spüren. Eine gesetzliche Aufgabe zur Förderung solidarischer Nachbarschaften gibt es nicht. Das Thema steht auch nicht ganz oben auf der Liste der Strategischen Ziele, die eine Kommune verfolgt.

3. Sozialgeld statt Sozialhilfe

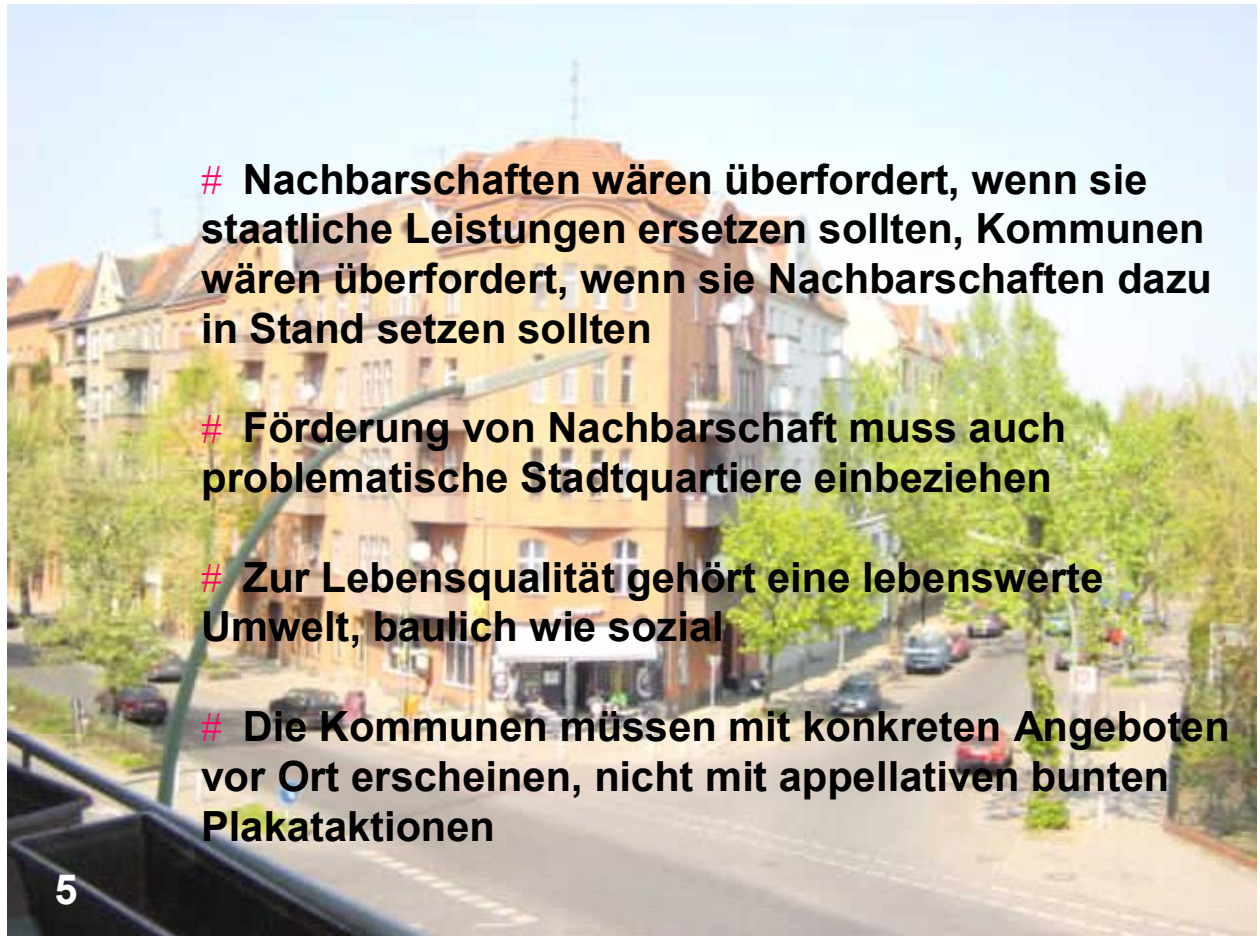
Eine zweite Entwicklung deutet sich an. Mit der Einführung des Arbeitslosengelds II vollzieht sich eine Differenzierung, deren Folgen noch gar nicht eindeutig zu bestimmen sind. Die Bundesagentur für Arbeit wird in Zukunft zuständig sein für alle arbeitsfähigen Nichterwerbstätigen, die auf öffentliche Hilfen angewiesen sind. Das ist auch ein großer Teil der derzeitigen Sozialhilfebeziehenden, für diesen Teil wird die Kommune künftig finanziell nicht mehr zuständig sein.

Wer nicht arbeitsfähig ist aber bedürftig, wird keine Sozialhilfe mehr erhalten sondern ein so genanntes Sozialgeld. Dies ist nicht nur ein Wechsel der Etiketten. Der Begriff Sozialgeld im Unterschied zur Sozialhilfe birgt die Gefahr, dass die Kommunen ihre künftige Zuständigkeit darin sehen, die monetären Hilfen zahlbar zu machen. Weitergehende Hilfen drohen in den Hintergrund zu rücken.

Diese Entwicklungen so wie die finanzielle Ausstattung der Gemeinden sprechen nicht dafür, dass sich Kommunen im großen Umfang und mit Begeisterung neuer „freiwilliger“ Aufgaben annehmen werden wie der Förderung solidarischer Nachbarschaften.

Aber auch unter diesen widrigen Umständen können die Kommunen nicht aus den Pflichten entlassen werden, die ihnen zukommen. Sie sind in der Regel Träger der Jugendhilfe, Inhaber der städtebaulichen Planungshoheit und -verantwortlichkeit, nach wie vor Träger der Daseinsvorsorge - und aus diesen unterschiedlichen rechtlich fixierten Anforderungen lassen sich genügend Ansätze finden, gestalterisch tätig zu werden - auch und vor allem kleinräumig, auf der Ebene von Stadtteilen und Nachbarschaften.

Zusammenfassend will ich meinen Beitrag mit vier Thesen abschließen:



¹ Kinder sollen vor Hunger gebettelt haben

Nachwuchs vernachlässigt, Wohnung verwaist: Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen dreifache Mutter
<http://www.newsclick.de/index.jsp/menuid/2048/artid/2705440> Dienstag, 20.04.2004